

Stand: 19.09.2015

**22. Landesverbandsversammlung  
des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V.  
am 18./19. September 2015 in Amberg**

**Es gilt das gesprochene Wort !  
Redemanuskript des Vorsitzenden des LFV Bayern zum:**

**Katastrophenschutz: Bund – Länderausstattung**

**Allgemeines:**

Katastrophenschutz ist eine staatliche Aufgabe in der Zuständigkeit der Länder, die in Bayern von den Katastrophenschutzbehörden wahrgenommen wird.

Bayern verfügt über mehr als 320.000 ehrenamtliche Einsatzkräfte und über effektive Führungsstrukturen auf allen Ebenen. Dieses enorme Potenzial bietet die Gewähr für einen effektiven und erfolgreichen Katastrophenschutz.

**Bayern - Feuerschutzsteueraufkommen / Investitionsprogramm Hochwasser**

Nach der Hochwasserkatastrophe 2013 hatte der Landesfeuerwehrverband Bayern, basierend auf den leidvollen Erfahrungen und den Erkenntnissen dieser verheerenden Hochwasserkatastrophe, notwendige Beschaffungen und Investitionen angemeldet.

Bei der Verabschiedung des Haushalts wurden keine zusätzlichen Mittel für die dringend notwendigen Beschaffungen bereit gestellt. Das Finanzministerium verweist hier auf die hohen Rücklagen aus der Feuerschutzsteuer.

**Wen wundert das?**

Nach derzeitigem Stand – was mir bei einem Spitzengespräch mitgeteilt wurde – betragen die Haushaltsreste und somit die Rücklagen zum Ende 2014 beim Brandschutz und den Feuerweherschulen insgesamt rund 80 Mill. Euro!

**Nochmal - Wen wundert`s da wirklich?**

Warum sollte dann der Staat - so auch der Finanzstaatssekretär Füracker und der Fraktionsvorsitzende Kreuzer - zusätzliches Geld bereit stellen, wenn die Rücklagen weiter steigen?!

Seitens der Politik wird überwiegend die Auffassung vertreten, dass zunächst die Rücklagen abgebaut werden müssen. Wenn dann zusätzliche Mittel benötigt werden, wird der Staat auch diese zusätzlichen Mittel bereit stellen – **wir werden die Politiker an ihrer Aussage messen!**

Der LFV Bayern hat sich für zusätzliche Mittel im Nachtragshaushalt 2016 auf allen politischen Ebenen – über den Innenausschuss, Staatssekretäre – Minister und Fraktionsvorsitzende - eingesetzt.

Wenn nun mitgeteilt wird, dass die Rücklagen der Feuerschutzsteuer trotz:

- der laufenden Bauinvestitionen an den Feuerweherschulen (seit 2011 rund 35 Mill. für Baumaßnahmen und Bauunterhalt),
- der Stellenmehrungen der Feuerweherschulen (Steigerung der Personalkosten um rund 2 Mill. Euro/Jahr),
- des höheren Abflusses bei der Fahrzeug- und Gerätehausförderung (rund 8,4 Mill. Euro in 2014)

weiter steigen – auf 80 Mill. derzeit - muss jetzt der Staat umgehend die notwendigen Maßnahmen vorantreiben.

Den Feuerwehren vor Ort ist es sicher egal woher die Mittel kommen – wichtig ist, dass die notwendigen Investitionen umgehend getätigt werden.

### **Unsere Forderungen an die Politik:**

#### **Erstens:**

- die Baumaßnahmen nach dem Masterplan für die Feuerweherschulen sind zeitlich vorzuziehen und schneller umzusetzen
- damit könnte als Beispiel die Übungshalle in Geretsried schneller verwirklicht werden, um dort auch in den Wintermonaten eine praxisgerechte Ausbildung abhalten zu können
- und ein weiterer Aspekt ist; die steigenden Baukosten könnte man dadurch auch minimieren.

### **Zweitens:**

- die notwendigen Beschaffungen aus der Hochwasserkatastrophe laufen zwar an – sind aber auch hier auf Grund der hohen Rücklagen schneller zu verwirklichen.
- Hier brauchen wir eine Zusage – z.B. über eine Verpflichtungsermächtigung, dass die noch ausstehenden Beschaffungen der Hochwasser- und Katastrophenschutzausstattung nicht erst im Doppelhaushalt 2017/18 begonnen werden, sondern sofort eingeleitet und bis zum Frühjahr 2018 umgesetzt sind.

Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass womöglich ganz Clevere auf die Idee kommen könnten, die Rücklagen aus der Feuerschutzsteuer nicht nur für das Feuerwehrwesen, sondern auch für andere Aufgaben zu verwenden. **Finger weg, kann ich hier nur sehr deutlich sagen.**

Wir wissen dabei sehr wohl, dass man auch mit Rücklagen sorgsam umgehen soll – aber diese sind derzeit so hoch, dass selbst mit der Umsetzung der aufgeführten Punkte in fünf Jahren noch Rücklagen zur Verfügung stehen werden.

Es ist gut und wichtig, dass wir uns im Spitzengespräch mit Minister Herrmann mit diesem Thema kritisch auseinander gesetzt haben. Wir werden uns hierfür weiter stark machen, uns dafür einsetzen.

### **Für Bayern - Investitionssonderprogramm Katastrophenschutz**

Im Jahr 2008 wurde ein auf 10 Jahre angelegtes, zusätzliches Investitions- und Beschaffungsprogramm im Katastrophenschutz mit einem Investitionsbedarf von 40 Millionen Euro vereinbart, was einem jährlichen Bedarf von 4 Millionen Euro entspricht.

In den letzten Jahren wurden aber nur zwischen 2 und 2,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Befremdend klingt hierzu die Aussage aus der Plenarsitzung des Landtags vom 22.Juli diesen Jahres:

„Die Feuerwehren sind fit für die Zukunft im Bereich des Sicherheitsstandards!“

**Hier sollte man jedoch der Realität ins Auge sehen und nicht einen kritischen Zustand schön reden.**

Nehmen wir als Beispiel die veraltete Ölwehrausstattung Bayerns, oder die Katastrophenschutzfahrzeuge, von denen über 50 % älter als 24 Jahre sind.  
Wer von Ihnen fährt schon einen 24 Jahre alten Dienstwagen?

**Vor diesem Hintergrund ist es mehr als berechtigt sich die Frage zu stellen –  
Fit für die Zukunft?**

**Oder, ist das unser Sicherheitsstandard – ist das der Bayernstandard?**

Der LFV fordert bereits seit 2012 die Rücknahme von Kürzungen beim Katastrophenschutz und deutlich mehr Transparenz bei der Haushaltsplanung.  
Tatsache ist, dass der Freistaat seit Beginn des Sonderinvestitionsprogramms 12 Millionen Euro weniger, als in 2008 vereinbart, zur Verfügung gestellt hat.

Es darf nicht sein, dass unsere ehrenamtlichen Helfer über Gerätschaften des Katastrophenschutzes verfügen, die den heutigen Anforderungen an zeitgemäßen Einsatzmitteln nicht mehr gerecht werden!

Es darf nicht sein, dass wir, sprich die Feuerwehren, hier ständig dem was dringend benötigt wird, wie „Bittsteller“ hinterher laufen müssen!

### **Gleiches gilt für den Bund im Bereich des Zivilschutzes**

**Bund lässt Feuerwehren fallen – LFV Bayern richtet zum wiederholten Male Appell an die Mitglieder des Bundestags!**

„Nach dem Schwerpunktepapier des BMI vom 20.08.2015 zum Regierungsentwurf für das Jahr 2016 sind für die Ausstattung des Katastrophenschutzes im Zivilschutz nur 47,2 Mio. € vorgesehen; damit um 4,3 Mio. € weniger als 2015.

Dies widerspricht den im Umlaufbeschluss der IMK vom 27.07.2007 vereinbarten 57 Mio. Euro.

Der Bund muss seiner Verpflichtung im Bevölkerungsschutzkonzept entsprechend dem Umlaufbeschluss der IMK vom 27.07.2007 uneingeschränkt nachkommen und für den ergänzenden Katastrophenschutz spätestens bis zum Jahr 2025 bundesweit mindestens 5.046 Fahrzeuge (davon in Bayern: 784 Einsatzfahrzeuge) einschließlich konsumtiver Kosten finanzieren.

Der Deutsche Feuerwehrverband, wie auch der Landesfeuerwehrverband Bayern, pochen auch hier auf eine verlässliche Finanzierung.

Der Katastrophenschutz wird überwiegend ehrenamtlich geleistet, er lebt vom guten Willen der dort engagierten Feuerwehrfrauen und -männer.

Diese Menschen verdienen ein Zeichen des guten Willens und vor allem die Glaubwürdigkeit der Politik, denn sie gehen für diese Gesellschaft sprichwörtlich durchs Feuer und mehr denn je durch's Wasser!

Der Bund muss den Mittelansatz in den Folgejahren zwingend anheben, weil ansonsten bereits bestehende Lücken (bei den Löschgruppenfahrzeugen) nicht geschlossen werden können und weitere Lücken entstehen.

Das dürfen und können wir so wie geplant nicht hinnehmen!

**Hier sind auch unsere Führungskräfte gefordert. Sie müssen an ihre Bundestagsabgeordneten herantreten und sie auf dieses Thema ansprechen. Die Abgeordneten sollen endlich ihren eigenen Beschlüssen aus 2007 gerecht werden, sonst ist jegliche Glaubwürdigkeit verloren!**

Gez.  
Weinzierl  
Vorsitzender LFV Bayern  
19.09.2015